§ 43

Güter von volkseigenen Industrie- und Handelsbetrieben, Organisationen und anderen Einrichtungen

(1) Die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe von volkseigenen Industrie- oder Handelsbetrieben, von Organisationen oder anderen Einrichtungen, wie z. B. Kirchengüter in kircheneigener Verwaltung, werden zur Pflichtablieferung von Getreide, Speisehülsenfrüchten, Ölsaaten, Kartoffeln, Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle durch den Rat des Kreises individuell nach der Produktionsleistung unter Berücksichtigung des innerwirtschaftlichen Bedarfs (Saat- und Pflanzgut, Futtermittel, Eigenversorgung) veranlagt.

(2) Die volkseigenen und genossenschaftlichen Industrie- und Handelsbetriebe sind von der Pflichtablieferung der im Abs. 1 genannten Erzeugnisse und von Gemüse und Obst teilweise oder ganz zu befreien, und zwar entsprechend dem Anteil der Produktion, der ausschließlich zur Verbesserung des Werkküchenessens verwendet wird.

(3) Volkseigene Industrie- und Handelsbetriebe ohne landwirtschaftliche Nutzfläche, die zur Verbesserung des Werkküchenessens Schweine halten, sind ohne Rücksicht auf den Umfang des Schweinebestandes nicht zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh zu veranlagen. Das gleiche gilt für Schweinemästereien der örtlichen Wirtschaft ohne staatliche Produktionsaufgabe. Sofern sie keine Mastverträge abschließen, erhalten sie beim Verkauf von Schweinen den Erfassungspreis.

§ 44

Landwirtschaftliche Nutzflächen für Mitschurinzirkel des Bodenfonds

Landwirtschaftliche Nutzflächen, die durch Mitschurinzirkel genutzt werden, sind nach den allgemeinen Bestimmungen zu veranlagen, sofern sie nicht nach der Ergänzung vom 20. März 1952 der Verordnung über nichtbewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzflächen (GBl. S. 227) als nichtbewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzflächen nach der Norm der Betriebsgrößengruppe 1 bis 2 ha zu veranlagen sind. Diese Flächen sind bei den Eigentümern oder Bewirtschaftern zu veranlagen, denen auch der Ablieferungsbescheid auszustellen ist.

§ 45

Deck* und Besamungsstationen

(1) Die volkseigenen und VdGB-(BHG)-Deck- und Besamungsstationen sind von der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse befreit, wenn die landwirtschaftliche Nutzfläche ausschließlich zur Futtergewinnung für die vorhandenen Vatiertiere Verwendung findet. Wenn die landwirtschaftliche Nutzfläche der Stationen anderen Zwecken dient, entfällt die Befreiung.

(2) Die privaten Vatiertierhaltungen in Bauernwirtschaften sind nicht von der Ablieferung befreit. Bei Vatiertierhaltungen für die VdGB (BHG) sind von den VdGB (BHG) im Einvernehmen mit den Räten der Kreise Gemeinschaftsablieferungen in den Gemeinden oder im Kreis zu organisieren;

§ 46

Veranlagung von Weidgemeinschaften für Jungviehaufzucht

(1) Die Weidgemeinschaften der VdGB (BHG) für Jungviehaufzucht und Schafzucht sind durch den Rat des Kreises zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle für das Gesamtausmaß der Flächen heranzuziehen, die der Weidgemeinschaft zur Nutzung übergeben wurden. Das Pflichtablieferungssoll ist nach den für die Gemeinden festgesetzten Durchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe zu berechnen, in der die Mehrzahl der aufreibenden Betriebe veranlagt sind.

(2) Das Ablieferungssoll ist durch den Vorstand der Weidgemeinschaft entsprechend der Stückzahl des aufgetriebenen Jungviehs auf die Teilnehmer der Weidgemeinschaft aufzuteilen. Der Vorstand der Weidgemeinschaft ist verpflichtet, eine Liste über die Aufteilung des Ablieferungssolls dem Rat der Gemeinde und dem zuständigen VEAB zur Eintragung des Anteils in die Erzeuger- bzw. Lieferantenkarteikarten zu übergeben.

(3) Die Veranlagung zur Pflichtablieferung unterbleibt für den Teil der Flächen, der von den Teilnehmern der Weidgemeinschaft zur Nutzung zur Verfügung gestellt wurde. Diese Flächen sind bei den Mitgliedern zu veranlagen.

§ 47

Betriebe und Flächen in Bewirtschaftung der Räte der Kreise und Gemeinden

(1) Die gemeindeeigenen Betriebe und Flächen sowie die Betriebe und landwirtschaftlichen Nutzflächen, die vorübergehend durch die Räte der Gemeinden und Kreise bewirtschaftet werden, sind von den Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Kreise nach den Gemeindedurchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe zu veranlagen, die sich aus dem Gesamtumfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche ergibt, im Höchstfalle aber nach den Gemeindedurchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe 5 bis 10 ha.

(2) Ist der Viehbestand in den Betrieben und auf den Flächen nach Abs. 1 zur Erfüllung des Ablieferungssolls in tierischen Erzeugnissen nicht ausreichend, kann der Rat des Kreises eine Ermäßigung des Ablieferungssolls in Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle gewähren,

Abschnitt VIII

Veranlagung der Kleinbetriebe und der Tierhalter ohne Land, der Spezial- und Erwerbsgartenbaubetriebe

Zu § 24 der Verordnung:

§ 48

Voraussetzungen der Veranlagung der Kleinbetriebe und Tierhalter

Der Veranlagung als Kleinbetriebe und Tierhalter unterliegen

- a) private Industriebetriebe,
- b) private Gewerbebetriebe,
- c) private Handelsbetriebe,
- d) private Handwerksbetriebe mit fremden Arbeitskräften,